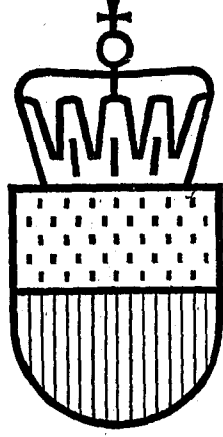


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise. Die einspaltige Millimeter-Zeile: Inland 12 Rp., Schweiz 15 Rp., Übriges Ausland 17 Rp. Reklame 30 Rp., 35 Rp., 40 Rp. Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ — Vaduz, Samstag, 3. Juli 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 96

Letztes Wort zur Frage Rütli ist noch nicht gesprochen Lügen haben kurze Beine

Beachtenswerter Erfolg der Fürstlichen Regierung in den Therm.-Kraftwerk-Verhandlungen mit St. Gallen

Am Dienstag und Mittwoch fand im St. Galler Kantonsparlament die Debatte über den von der St. Galler Regierung unterbreiteten Bericht zum Bau des thermischen Kraftwerkes statt. Nach einer Monsterdebatte, in deren Verlauf rund 30 Redner für und gegen den Bau des Kraftwerkes Stellung bezogen, wurde am Mittwochnachmittag eine Abstimmung über den Regierungsbericht eingeleitet. Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten im St. Galler Kantonsparlament sprachen sich für den Bericht der Regierung aus, das heisst, sie hiessen die von den regierungseigenen Experten ausgearbeiteten Gutachten und Kontrollvorschriften betr. die Luftverunreinigung für ausreichend. Die Würfel sind scheinbar gefallen. Man muss in der jetzigen Situation annehmen, dass die Bewilligung zum Bau des Kraftwerkes demnächst erteilt wird. Die Hoffnungen, die namentlich die Gegnerschaft des Kraftwerkes (und damit wohl der grössere Teil der Rheintalbevölkerung) in die Beratungen

des Kantonsparlamentes gesetzt haben, sind einer totalen Enttäuschung gewichen. Obwohl der Sprecher der Grossrätlichen Kommission, Kantonsrat Schmucki, in seinem Eintretensreferat die liechtensteinischen und vorarlbergischen Vernehmlassungen, die auf Expertisen der Deutschen Gutachter Dr. Gilbert und Dr. Wentzel basieren, «als technische Probleme, die nicht mit politischen Entscheidungen gelöst werden könnten», bezeichnete, konnte

die liechtensteinische Regierung durch die Heranziehung eigener Experten sodass in letzter Minute einen beachtenswerten Erfolg in den Verhandlungen über den Bau des Thermischen Kraftwerkes für sich buchen.

Immerhin haben die Resultate der liechtensteinisch-deutschen Untersuchungen, die von wirklich namhaften Experten europäischen Formats dargelegt wurden, dazu geführt, dass sich Mitglieder der St. Galler Regierung, darunter auch der Chef des Baudepartementes, Dr. Simon Frick, bereit gefunden haben, zwei Tage vor den Beratungen des Grossen Rates nach Vaduz zu kommen, um die neuen Gutachten zu studieren. In einem gemeinsamen Kommuniqué der Fürstlichen Regierung und der anwesenden St. Galler Regierungsmit-

glieder, das wir bereits in unserer Ausgabe vom Dienstag publizierten, erklären sich die St. Galler Regierungsmitglieder bereit, über die Toleranzwerte weiter mit unserer Regierung zu verhandeln. - Das heisst mit anderen Worten, dass das letzte Wort in der Frage des thermischen Kraftwerkes (zumindest zwischen Liechtenstein und dem Kanton St. Gallen) noch nicht gesprochen ist.

In einem Leitartikel der «Vorarlberger Nachrichten» heisst es zu diesem Verhandlungserfolg unserer Regierung u. a. wörtlich: «Einer Zugeständnisse durch Vaduzer Regierung erkämpft - Die Regierungen des Kantons St. Gallen und des Fürstentums Liechtenstein sind übereingekommen, über die Herabsetzung der im Zusammenhang mit dem geplanten Kraftwerksbau in Rütli noch tragbaren Schwefeldioxid-Konzentrationswerte zu verhandeln. Der Veröffentlichung kommt umso grössere Bedeutung zu, als von amtlicher Seite Wert darauf gelegt worden ist, dass es sich um ein gemeinsames liechtensteinisch-sanktgallisches Regierungskommuniqué handle, das auch die ausdrückliche Billigung von Regierungsrat Dr. Simon Frick gefunden habe. - In Vorarlberg darf man erwarten, dass sich die Landesregierung unverzüglich einschaltet und die Verhandlungen nicht nur Liechtenstein überlässt.»

Die Pressestelle der F. Regierung teilt mit: Unter dem Titel «Die Gehälter der Regierung» publizierte «Der Liechtensteiner» in seiner Ausgabe vom 2. Juli 1965 folgende Zahlen: Gehalt des Regierungschefs Fr. 60 000.—, Gehalt des Regierungschef-Stellvertreters Fr. 40 000.—, Gehälter der Regierungsräte Fr. 12 000.— und Gehälter der Regierungsrat-Stellvertreter Fr. 6 000.—.

Die Presse- und Informationsstelle stellt fest, dass diese Zahlen nicht den Tatsachen entsprechen. Tatsächlich beträgt das Gehalt des Regierungschef seit dem 1. Januar 1965 Fr. 42 500.— plus 11% Zulagen wie bei den Beamten und Angestellten = Fr. 4 675.—, total somit brutto Fr. 47 175.—, und jenes seines Stellvertreters Fr. 40 500.— plus 11% Zulagen = Fr. 4 455.—, somit brutto Fr. 44 955.—. Die Jahrespauschale der Regierungsräte beträgt Fr. 9 000.—, wozu sie noch ein Sitzungsgeld von Fr. 35.— pro Halbtage beziehen. Die Regierungsrats-Stellvertreter beziehen ein Wartegeld von Fr. 800.— pro Jahr plus Sitzungsgeld von Fr. 35.— pro Halbtage.

Im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall, der sich am Freitag, den 25. Juni beim Tunnelausgang auf Gnalp ereignete, wurden in der Berichterstattung des «Liechtensteiner» vom Freitag, den 2. Juli 1965, verschiedene Fakten erwähnt, die nicht den Tatsachen entsprechen. Es heisst dort, dass die Polizei um 20.30 Uhr alarmiert wurde, aber erst 70 Minuten später, d. h. um 21.40 Uhr auf der Unfallstelle erschienen sei. - Tatsache ist, dass die Polizei in Vaduz um genau 21.10 Uhr telefonisch von diesem Verkehrsunfall in Kenntnis gesetzt wurde. Der Einsatzbefehl wurde unverzüglich an einen Streifenwagen der in Eschen im Einsatz war, weitergegeben. Der Einsatzwagen machte sich sofort auf den Weg zur Unfallstelle. Nach einem kurzen Aufenthalt in Vaduz, wo noch notwendige Suchscheinwerfer zugeladen wurden, erreichte das Polizeiauto bereits um 21.40 Uhr die Unfallstelle. Vom Zeitpunkt des Anrufes bis zum Einsatz der Polizei auf der Unfallstelle beim Tunnel Gnalp-Steg, waren also kaum 30 Minuten vergangen. Wenige Minuten später trafen der Krankenwagen mit einem ausgebildeten Samariter als Begleitung und ein weiterer Polizeiwagen mit zusätzlicher Ausrüstung bei der Unfallstelle ein. - Im weiteren Verlauf des Artikels im «Liechtensteiner» wird der Tunnelausgang als «Todesfalle» bezeichnet. Tatsächlich beträgt die hier vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit 30 Stundenkilometer. Gleichzeitig werden die Automobilisten mittels einer Warntafel auf die Gefährlichkeit dieser Kurve hingewiesen, so dass nach menschlichem Ermessen für korrekt fahrende Automobilisten keine Unfallgefahr besteht. Der Verkehrsunfall vom 25. Juni ist auf die weit übergesetzte Geschwindigkeit des verunfallten Fahrzeuges zurückzuführen.

KOMMENTAR

28^o im Schatten

Nach einer längeren Regenperiode, die den ganzen Monat Mai und einen guten Teil des Junis verwässerte, brach vor einiger Zeit, wie auf Kommando, der Hochsommer ins Land. Der etwas plötzliche Uebergang vom kühlen Regenerwetter zu tropischen Temperaturen bleibt nicht ohne Folgen, und wenn man einer Meldung glauben schenken darf, die vor einigen Tagen durch den internationalen Blätterwald ging, sollen namentlich in Italien eine ganze Reihe von Menschenkindern ob der gleissenden Hitze regelrecht durchgedreht haben. Dass die Vorboten der nahenden Hundstage auch bei uns Hitzschläge verursachen können, zeigte eine Einsendung im «Vorarlberger Volksblatt», worin unserer Zeitung ein «Kurswechsel» vorgehalten wird, weil wir an unserer österreichischen «Schwesterpartei» (gemeint ist die österreichische Volkspartei) sozusagen Verrat geübt hätten. Die Anti-OVP-Politik, die wir, wie es heisst, besser nicht begonnen hätten, zeige sich in der negativen Kritik, welche wir der Feldkircher «Bodenseetaugung Christlicher Politiker» angedeihen lassen. «Gar arg» ins Feld gezogen seien wir mit dem «Eigenbericht» «Volksfront-Gespens in Oesterreich». Auch die Tatsache, dass wir zum Fall Rütli die «Vorarlberger Nachrichten» öfter zitiert hätten als das «Vorarlberger Volksblatt» zeige, welchen Kurswechsel unser Blatt mitgemacht habe?? - Kurz sei dazu gesagt: Die Bodenseetaugung war eine Sache aller beteiligten Parteien, auch der liechtensteinischen - Unseren «Eigenbericht» aus Wien entnahmen wir niemand Geringerem als der spk. (Schweizerische Politische Korrespondenz) - Dass die «Vorarlberger Nachrichten» ein anti-bürgerliches (verderbliches?) Organ sind, war uns bis heute leider nicht bekannt. - Jenem Einsender, der unbedingt einen «Kurswechsel» bei uns feststellen will, empfehlen wir, sich bei den demnächst stattfindenden Sommerausverkäufen einen Sonnenschutz zu erstehen. Dass schliesslich das «Liechtensteiner Vaterland» dieses vorhundertstägliche Leserbriefchen brav und eiligst abdruckte, wird niemanden weiter wundern. Schliesslich hatten auch wir 28^o im Schatten. (wbw)

Pro und Contra therm. Kraftwerk

Weitere Stimmen aus der St. Galler Grossrats-Debatte

Am Mittwoch wurde die Debatte zum therm. Kraftwerksbau, die am Vortag abgebrochen war, wieder aufgenommen. Nachdem als erster Dr. Steiner (soz.), St. Gallen, seinen ablehnenden Standpunkt dargelegt und zugleich ange-regt hatte, die NOK sollten veranlaßt werden, ihr Projekt im Rheintal zurückzuziehen, greift Regierungsrat Dr. S. Frick in die Debatte ein, um vorerst einmal mit den gegnerischen Votanten im Grossen Rat abzurechnen. Er würdigt dann die große Arbeit der vorberatenden Kommission und der verschiedenen Fachexperten und erklärt, daß kein Fachmann der Regierung geraten habe, das Werk unter dem Gesichtspunkt der Gefahr nicht zu bewilligen.

Kantonsrat Anton Stadler (kons.-chr.), Gemeindevorstand in Altstätten, erblickt in der Verlegung der Pipeline durch das Rheintal und im Bau eines thermischen Kraftwerkes die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entfaltung unserer Gegend. Er ist überzeugt, daß es gelingen werde, das Werk so zu betreiben, daß keine Belästigungen oder Schädigungen entstehen werden. Wer den Bau des thermischen Kraftwerkes bekämpfe, schädige die Energie-wirtschaft des Landes und raube unserer Region, vor allem der Gemeinde Rütli, die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Entfaltung. Weiter erklärt Kantonsrat Stadler, daß die Bürgerschaft

der Gemeinde Altstätten einmütig die Bodenabtretungen in Lienz an die NOK bewilligt und damit ihr Verständnis für den Kraftwerksbau bekundet habe. Im weiteren erwähnt er, daß aus einem Schreiben von alt Regierungsrat Dr. Meierhans, Zürich, hervorgehe, daß sich auch andere Gemeinden um den Standort des Kraftwerkes beworben hätten - die Kampagne aus Buchs erscheine daher in einem besonderen Licht. Schließlich legt er seinen Kollegen nahe, das Anliegen des Rheintals um eine wirtschaftliche Standortaufwertung zu unterstützen.

Strickler (soz.), St. Gallen, betont die Notwendigkeit, das angeschlagene Vertrauen zwischen Behörde und Bevölkerung wieder zu verbessern.

Kantonsrat Pius Kühnis (kons.-chr.), Gemeindevorstand in Oberriet, gibt der großen Besorgnis weiter Kreise der Rheintaler Bevölkerung Ausdruck, wobei vor allem die Bauernschaft ernsthaft besorgt sei. Die Gemeinde Oberriet liege im größten Gefahrenbereich des Kraftwerkes und verlange bei einem eventuellen Bau vermehrte Sicherheitsmaßnahmen. Das heute bestehende Mißtrauen könnte von Seiten des Regierungsrates durch eine Garantieverpflichtung gegenüber auftretenden Schäden an Kulturen und Wäldern beseitigt werden. Fortsetzung Seite 2

notiert und kommentiert...

Algerien: «Ben Bella au poteau»

Das politische Sündenregister des soeben durch einen Putsch weggeführten Präsidenten der Algerischen Republik, Ben Bella, weist eine für sein Land katastrophale Verkennung der wesentlichen und vordringlichen Anliegen seines Landes auf. Ben Bella, der seit der Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens im Juli 1962 durch de Gaulle eine Hürde nach der anderen auf dem Wege zur persönlichen Vormachtstellung genommen und einen nach dem andern seiner aussichtsreicheren Rivalen auf die Seite geschafft hat, wurde seit längerer Zeit vorgeworfen, dass er die Staatsgelder für Prestigeausgaben verschleudere und sein Hauptaugenmerk statt auf die Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Zustände in Algerien zu legen auf seine persönliche Rolle in der internationalen Politik warf. Dieser Vorwurf ist richtig. Ein weiterer Vorwurf, der weniger laut ausgespro-

chen wurde, solange Ben Bella an den Schalthelmen der Macht sass, betrifft eine fast äffische Nachahmung der Gesten Nassers, der es verstanden hat, aus dem ehemaligen Korporal der französischen Armee gewissermassen einen Korporal der Vereinigten Arabischen Republik zu machen. Und schliesslich ist es unzweifelhaft, dass unter Ben Bella die Kommunisten in Algerien Wurzeln geschlagen hatten, die nachgerade Algerien zu einer potentiellen Volksdemokratie stempelten!

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Ben Bella immer mehr auf einem wackeligen Präsidentenstuhl sass. Er hatte keinen Sinn dafür gezeigt, dass sein wachsendes Ansehen in der afro-asiatischen Welt Hand in Hand ging mit einer rapide sinkenden Resonanz bei seinen politischen Mitarbeitern in Algerien selbst. Ben Bella beabsichtigte, aus dem Jahr 1965 so etwas wie ein Schaustück seiner eigenen Wichtigkeit zu machen, indem Ende Juni alle Führer der afro-asiatischen Welt seine Gäste hätten sein sollen anlässlich einer riesigen Konferenz. Ausserdem hatte Ben Bella sich bereit erklärt,

das periodisch von den Kommunisten organisierte «Welt-Jugendtreffen» in diesem Sommer in Algier zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck wurde eine riesige Konferenz- und Festhalle gebaut; und die Gelder der Staatskasse wurden für Prestigeausgaben im Zusammenhang mit diesen beiden spektakulären Vorhaben mit der grossen Kelle ausgeschleudert.

Der engste «Freund» und Mitarbeiter Ben Bellas und Oberstkommandierende der Armee, Boumedienne, hielt deshalb unmittelbar vor dem Anlaufen der afro-asiatischen Konferenz den Zeitpunkt für gekommen, einen jener musterhaften Staatsstreich durchzuführen, die damit zu beginnen pflegen, dass in der Morgenfrühe eines viel versprechenden, schönen Tages Tanks vor den Regierungssitz rasselten und dass alle neuralgischen Punkte der Hauptstadt von zuverlässigen Truppen besetzt werden, worauf der Erste Mann (mit oder ohne Blutvergiessen) vom Gipfel hinuntergestossen wird in einen sicheren Kerker oder ins kalte Grab. Boumediennes Staatsstreich macht auch darin keine Ausnahme, dass der «Freund» von ge-